



Katja Dörner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Kindergrundsicherung jetzt

Berlin, 14.01.2010

Katja Dörner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.054
Telefon: +49 30 227-72313
Fax: +49 30 227-76313
Katja.Doerner@Bundestag.de

Wahlkreisbüro Bonn:
Dorotheenstr. 79
53111 Bonn
Telefon: +49 228-62919958
Fax: +49 228-62919959

Familien- und Kinderpolitische
Sprecherin der Bundestagsfraktion
von Bündnis 90/Die Grünen

Obfrau im Ausschuss für Familien,
Senioren, Frauen und Jugend

Zur Veröffentlichung des Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland und zu den Äußerungen der Familienministerin Köhler erklärt Katja Dörner, Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik:

Die Studie bestätigt unsere Forderung nach Einführung einer Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf von Kindern deckt. Die heutige Familienförderung ist sozial unausgewogen und wenig effektiv bei der Bekämpfung von Kinderarmut. Gegenüber 2007 hat sich das materielle Wohlbefinden von Kindern noch einmal verschlechtert. Deutschland liegt hier im unteren Drittel.

Unabhängig davon, in welcher Familienform Kinder groß werden, muss der Staat Kinder fördern. Die Familienministerin Köhler ist auf dem Holzweg, wenn sie materielle Absicherung gegen Bildungschancen ausspielt. Beides gehört zusammen.

Obwohl Deutschland insgesamt seine Platzierung gegenüber 2007 verbessert hat, bleibt klar, dass unsere Gesellschaft sich immer mehr in arm und reich spaltet. Die schwarz-gelbe Regierung hat dem bereits sehenden Auges Vorschub geleistet: Bei der Erhöhung der Steuerfreibeträge und des Kindergeldes sind Kinder aus Hartz IV-Familien komplett leer ausgegangen. Die Zweifel wachsen, ob die Regelsätze für Kinder auch nur annähernd bedarfsdeckend sind.

Die Studie räumt dankenswerter Weise mit einem sich hartnäckig haltendem Vorurteil auf: Arme Eltern investieren gerade in Deutschland relativ viel in die Bildungsgüter für ihre Kinder. Der Vorwurf insbesondere der FDP, arme Eltern würden Geld vorrangig für die eigenen Bedarfe einsetzen und weniger für die Kinder, muss damit vom Tisch sein.